Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 29 (1982)
Heft: 7-8

Artikel: GPK-Bericht : zwei Artikel aus der Tagespresse
Autor: Zbinden, Paul / Volken, Marco
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-367071

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GPK-Bericht: Zwei Artikel aus der Tagespresse

Ein Gespräch mit dem Kommissionssprecher der GPK, Paul Zbinden

Einen verhältnismässig breiten Raum nahm bei der nationalrätlichen Beratung des Geschäftsberichtes des Bundesrates der Aufbau und Stand des Zivilschutzes ein. Hintergrund der Diskussion bildete ein entsprechender Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK), der von Nationalrat Paul Zbinden (cvp, Freiburg) erläutert wurde.

Ist nicht der «Preis des Föderalismus», das heisst, die vor allem auf Gemeinden und Kantone aufbauende Struktur des Zivilschutzes, zu gross? Ihr Bericht weist ja hin auf den unterschiedlichen Realisierungsgrad des Zivilschutzes je nach Kanton oder Gemeinde und auch auf die Nachteile einer weitgehend fehlenden Kommandostruktur nach oben?

Auch nach unserer Untersuchung stehe ich voll und ganz hinter der föderalistischen Struktur des Zivilschutzes. Deren Vorteile – zusammengefasst im Slogan «der Zivilschutz findet in der Gemeinde statt» und bestätigt durch den volksnahen Charakter – sind derart gross, dass man die fehlende Kompetenz des Bundes wie auch die Unterschiede im Verwirklichungsgrad in Kauf nehmen muss. Die Kommission steht in diesem Sinne hinter dem gegenwärtigen Aufbau, auch wenn sie in der Tendenz anregt, dass der Bund die Gemeinden vermehrt zu praktischen Übungen und zur regionalen Zusammenarbeit anhalten sollte. Ich bin aber überzeugt, dass der Zivilschutz bei uns nur dann eine Chance hat, sich im Ernstfall zu bewähren, wenn er lokalgebunden bleibt.

Stichwort «praktische Übungen». Besteht heute nicht die Gefahr, dass unser Zivilschutz eine Art von grossem Sandkastenspiel darstellt?

Die Gefahr besteht. So wird etwa von den zuständigen Bundesstellen der Zivilschutz allzu theoretisch oder allzu sehr auf dem Papier betrieben. Das gilt sowohl für die Ausbildung wie für die Schulungsunterlagen. Unsere Kommission verlangt hier, dass man dem Milizcharakter und dem Bedürfnis des Zivilschutz-Mannes vermehrt Rechnung trägt: dies durch eine einfachere Sprache wie durch eine praxisbezogene Ausbildung. Wenn es zudem stimmt, dass die mittleren Kader wie auch die Zivilschutzpflichtigen zu wenig oder noch gar nicht ausgebildet sind, so liegt das im Umstand, dass man in der zeitlichen Priorität richtigerweise den Schwerpunkt auf die baulichen Massnahmen legt. Man hat das in der Aufbauphase, in der wir uns noch befinden, bewusst in Kauf genommen.

Nur gerade 20000 Frauen haben sich bis heute freiwillig zum Zivilschutz gemeldet. Widerspricht das nicht dem von Ihnen gerühmten Vorteil der lokalgebundenen und volksnahen Zivilschutzpraxis?

Persönlich werte ich diese Zahl von 20000 Frauen anders, nämlich als eine hoffnungsvolle Leistung. Weil ich nämlich überzeugt bin, dass sich noch viel mehr Frauen melden, wenn sie angefragt würden. Das Problem besteht ja darin, dass nicht einmal alle zivilschutzpflichtigen Männer aufgeboten werden können. Weil wir eben noch mitten in der Aufbauphase drin stehen, die noch längere Zeit – mindestens bis 1990 – dauern wird. Grundsätzlich aber leisten die Frauen im Zivilschutz, sei es bei der Übermittlung, im Sanitätsdienst oder bei der Betreuung, hervorragende Dienste.

Als einen grossen Mangel der Zivilschutzorganisation muss man heute wohl das Fehlen eines umfassenden Alarmsystems wie auch die fehlende Zuweisung der Schutzräume an die Bevölkerung bezeichnen.

Es stimmt, wir haben in unserm Bericht sowohl die Mobilmachung wie auch die Alarmorganisation des Zivilschutzes als unbefriedigend bezeichnet. In diesem Zusammenhang ist auch die Schutzraum-Zuweisung nicht gelöst. In Gemeinden wie Quartieren weiss die Zivilbevölkerung nicht oder zu wenig, welche Schutzräume sie im Ernstfall zu beziehen hätte. Im überraschenden Kriegs- oder Katastrophenfall wäre das natürlich äusserst nachteilig. Hier handelt es sich aber um eines der delikatesten Probleme des Zivilschutzes. Dies insofern, als noch nicht für die gesamte Bevölkerung Zivilschutzräume zur Verfügung stehen und man mit einer konkreten Zuweistung zwei Bevölkerungsklassen schaffen müsste: die eine mit, die andere ohne Schutzräume. Es gibt hier keine andere Lösung, als den Bau von Schutzräumen möglichst rasch abzuschliessen.

Eine letzte Frage: Man wirft dem Zivilschutz oft vor, er sei eine Art Opium oder wirklichkeitsferne Beruhigungspille, die in der Bevölkerung nur falsche Sicherheit schaffe. Vor allem angesichts der heutigen Vernichtungswaffen.

Persönlich bin ich überzeugt von der Wirksamkeit der Schutzräume wie auch von der wertvollen Hilfe der Zivilschutz-Mannschaften im Katastrophenfall. Natürlich schafft der Zivilschutz keine absolute Sicherheit, aber selbst bei einer globalen Kriegsführung die besten Überlebenschancen. Wenn unser Zivilschutz auch nur erreicht, dass er den Überlebenswillen und -glauben der Bevölkerung stärkt und sie so nicht erpressbar macht, dann hat er sein Ziel erreicht.

Interview Marco Volken,
«Freiburger Nachrichten»

GPK-Inspektionsbericht

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates erklärt in ihrem Inspektionsbericht über den Zivilschutz, dass die festgestellten Mängel «ohne weiteres behoben werden können». Die Frage dürfte allerdings nicht nur sein, ob sie behoben werden können, sondern mehr noch, ob sie von denen, die es in erster Linie angeht, auch behoben werden wollen. Hierzu sind einige Zweifel angebracht, solange man den Mut nicht aufbringt, die Sünder (lies: die säumigen Kantone beziehungsweise Gemeinden) beim Namen zu nennen. Man weiss, dass es sich vor allem um ländliche Gegenden und kleinere Gemeinden handelt. Dass dort das Bewusstsein (die sogenannte «Motivation») der Notwendigkeit des Zivilschutzes geringer ist als in den Ballungsräumen, liegt in der Natur der Sache – und der Menschen. Man fühlt sich in einem Weiler eher «am Schärmen» als in einer Stadt. Nur ist dieses Empfinden in einer Zeit, in welcher Fälle wie jener von Harrisburg nicht mehr blosse Theorie sind und eine kriegerische Auseinandersetzung oder gar ein Atomangriff vor keinen Gemeindezonen Halt macht, einfach nicht mehr realistisch.

Man muss sich daher fragen, ob der föderalistische Aufbau des Zivilschutzes im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten sei. Dies vor allem, wenn gutgemeinte Mahnungen vom Vater Bund in gewissen Kantonen in den Wind geschlagen werden sollten. Man wird ja sehen, ob nun beispielsweise die Mahnung der GPK bei jenen, die es angeht, einschlagen oder an ihnen herunterlaufen wird wie der Regen am Regenschirm. Fürs erste sollte der Mahnung mindestens dadurch etwas Nachdruck verschafft werden, dass der Bund wenigstens «Richtlinien» für die säumigen Kantone erlässt. Nützt auch das nichts, so wären diese Richtlinien auf dem Gesetzesweg in verbindliche Weisungen umzuwandeln, denen im Falle besonderer Bockbeinigkeit mit subventionspolitischen Massnahmen Nachachtung zu verschaffen wäre. Föderalismus in Ehren – aber nicht auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung!

Hans Wili, «Solothurner Nachrichten»

Le rapport de la Commission de gestion au Parlement

ve. Le 9 juin 1982, le Conseil national a examiné le rapport de la Commission de gestion (CDG) sur l'inspection conduite par celle-là auprès de l'Office fédéral de la protection civile. A cette occasion, deux conseillers nationaux, qui sont également présidents de section de l'Union suisse pour la protection civile, ont commenté ce rapport devant le Parlement: ce sont MM. Heinz Bratschi, Dr en droit, (BE) et Felix Auer, Dr ès sc. éc. (BL). Monsieur Kurt Furgler, conseiller fédéral et chef du Département fédéral de justice et police a répondu, devant le Conseil, aux deux intervenants. Nous publions ci-dessous des extraits des délibérations (réd.):

Monsieur Felix Auer, conseiller national

En protection civile, nous succombons parfois à trois tentations, qui ne lui ont pas nécessairement été favorables: Premièrement, nous avons souvent trop tendance à croire que tout est fait lorsque nous avons construit des abris. Mais nous avons trop peu pris en considération qu'en cas de nécessité, il nous faudra également vivre dans de tels bunkers et qu'il est indispensable d'instruire et de préparer les individus à un tel genre de vie. Cela nous conduit à une sorte de «mentalité de Maginot». Deuxièmement, les louanges nombreuses qui ont été adressées par l'étranger à notre protection civile, en particulier à nos constructions, nous ont de temps à autre, par trop flattés. Si nous, les petits Suisses, sommes l'objet de louanges de la part des grands, cela nous amène volontiers à croire: «Tout va très bien, Madame la Marquise.» Je me suis rendu avec quelques collègues à Nankin. Là-bas, le président du comité révolutionnaire (chez nous on l'appelle le président du conseil d'administration) nous a présenté des installations de protection civile. Comparées à nos réalisations, ces installations étaient très simples. Mais ce qui nous a le plus étonnés, c'est de constater comme ces gens de la Chine lointaine étaient bien au fait de la protection civile en Suisse. Troisièmement, au contraire de l'armée, la protection civile n'est pas structurée hiérarchiquement de haut en bas mais de bas en haut. La responsabilité principale appartient à la commune. Quant à nous, les Parlementaires, tenant pour acquis que la responsabilité reposait sur d'autres épaules que les nôtres, nous nous sommes trop peu souciés de la protection civile: nous n'avons pas de commission permanente qui s'en occupe, apparemment en effet cela n'est pas l'affaire de la Commission des affaires militaires. A mon avis, ce défaut dans les attributions du Parlement constitue une lacune.

La protection civile a une tâche plus difficile que l'armée

Il a fallu une critique assez dure de la Nouvelle revue de Zurich et le coup de tonnerre dans l'exposé du chef de la protection civile zurichoise qui s'est répercuté de loin en loin par les media pour que nous nous souvenions qu'il existe encore une protection civile et que la Commission de gestion s'en occupe! Permettez-moi de la remercier pour son rapport détaillé d'inspection. De même, ma reconnaissance va aux autorités compétentes, également au plan cantonal et communal pour les efforts entrepris dans le domaine de la protection civile. J'accepte volontiers le rapport, encore que j'aie une vision partiellement différente des choses. La structure fédéraliste n'est pas la seule responsable du fait que la protection civile est plus difficile à réaliser que l'armée. Celle-ci a une tradition, celle-là n'en a pas. L'armée est plus populaire et les adversaires de la protection civile ont la tâche plus aisée que ceux de l'armée, à la dénigrer. On ne peut pas organiser de défilés spectaculaires avec des pompes à eau, et manifester de la même manière la volonté de la protection civile et la volonté de défense. En protection civile, il n'y a pas d'uniformes chamarrés ni non plus de casquettes cerclées d'or.

L'exemple de Füllinsdorf

Comme les communes portent principalement la responsabilité de la protection civile, non seulement les progrès et les retards varient d'une commune à l'autre et d'un canton à l'autre, mais le point de vue change également. Permettez-moi de vous le démontrer à l'aide de l'exemple de la commune de Füllinsdorf qui compte quelque 4000 habitants. Le chef local, un personnage très actif, en fonction depuis quinze ans et qui bénéficie pour cela de l'appui des autorités communales, se plaint entre autres de ce qu'un tiers environ des 350 personnes astreintes à servir dans la protection civile n'ont jamais pu jusqu'ici être convoquées; par ailleurs, pour des motifs tenant aux effectifs du personnel et aux finances, il n'est absolument pas possible d'offrir une formation à toutes les personnes astreintes à servir dans la protection civile; en outre, la réunion des gens par classe d'âge et le principe du lieu d'habitation conduisent à un taux élevé de fluctuation de quelque 20%; l'organisme de protection est insuffisamment prêt; enfin, la formation des officiers de plus de 55 ans entraîne un rapport coût-utilité défavorable, étant donné la durée de cette formation et le faible nombre d'années d'engagement de ces officiers.

On critique toujours ces sortes de «séminaires» durant lesquels on apprend à construire dans les abris des lits à trois étages avec des lattes de toitures, des planches et des clous. Même si le matériel est à disposition – pour la commune de Füllinsdorf cela représente d'ailleurs notamment 100 kilomètres de lattes et 770 kilogrammes des clous – et si en cas de danger, 100 menuisiers amateurs peuvent être mis en action, il faudra dix jours pour que les abris soient équipés de lits. Suivant la situation, cela